

Die „Freiheit“ erscheint morgens um nachmittags, Samstags und Montags viermal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus in Deutschland 12 M., im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Erzielung des Postumschlags für Deutschland, Ungarn, Polen, das Baltikum, Rumänien sowie die tschechischen Gebiete Polens u. Luxemburgs 20 M., für das übrige Ausland 27 M., per Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 26 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 86b.

Die achtspaltige Konspirationstabelle oder deren Raum kostet 5.— M., einschließlich Zustellung. Kleine Anzeigen: Das festgesetzte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Zustellung. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Angebote 2,20 M. netto pro Zeile. Streifen-Anzeigen in Monats-Belegungen: das festgesetzte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 15230—15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die italienischen Sozialisten gegen Giolitti

Die italienische Kammerdebatte

Mißtrauensvotum der Sozialisten

Rom, 27. Juni.

In der Kammer brachten nach Abschluß der Debatte über die Antwort auf die Thronrede Turati und Genossen folgende Tagesordnung ein: Die Kammer erklärt sich entschieden als Gegner des Programms und der Haltung der Regierung sowohl in der Außenpolitik wie in der Innenpolitik, in der Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik und geht damit zur Tagesordnung über.

Giolitti lehnte diese Tagesordnung ab. Ihr erster Teil bis einschließlich der Worte „in der Außenpolitik“ wurde mit 234 gegen 200 Stimmen bei sechs Stimmenthaltungen abgelehnt, der zweite Teil wurde mit großer Mehrheit durch Handaufheben abgelehnt.

Die Abstimmung über die Resolution der Sozialisten, die nur mit knapper Mehrheit abgelehnt wurde, zeigt, daß die Regierung Giolitti auf sehr schwachen Füßen steht. Die Regierung scheint ihre außerordentliche Schwäche zu spüren. Nicht umsonst hat der schlaue Fuchs Giolitti in seiner Rede um die Unterstützung der Sozialisten geworben.

Graf Sforza über die äußere Politik

Rom, 25. Juni.

In der Kammer erklärte Graf Sforza, er nehme mit Genugtuung von der Regelung des Reparationsproblems Kenntnis. Die Entschädigung der deutschen Regierung, den Zahlungsplan zur Ausführung zu bringen und die Entwaffnung und die Aburteilung der Kriegsschuldigen vorzunehmen, sei der größte Fortschritt, der seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages auf dem Wege zur Befriedung Europas erzielt sei. Die gegenwärtige deutsche Regierung habe die seit und lokale Absicht befunden, die Verpflichtungen zu erfüllen. Deutschland oder vielmehr der bessere Teil des Landes habe erkannt, daß es durch Enttarnung der Gründe für Argwohn und Mißtrauen an seiner vollen wirtschaftlichen und moralischen Wiederaufrichtung arbeite, die Italien mit herzlichster Genugtuung unterstützen werde.

Graf Sforza fuhr fort: Nicht der deutschen Regierung, deren gegenwärtiges Verhalten durchaus korrekt ist, wohl aber den Deutschen des einen oder des anderen Landes, die mit Hilfe von Verbänden mit mehr oder weniger zugefügten Zielen ihre Blicke auf unsere geographische Alpenregion zu richten wagen, wollen wir sagen, daß unsere Mitbürger deutscher oder slawischer Abstammung durch uns Freiheit haben werden, wodurch uns jedoch nur eine größere Verpflichtung auferlegt wird, außerhalb gesponnene Ränke nicht zuzulassen.

Das oberitalienische Problem berührend, erklärte Graf Sforza, er zweifle nicht, daß man eine befriedigende Regelung finden werde. Zudem er hervorhob, daß die Bevölkerung der strittigen Zone Gewalt angewendet habe, um einen tatsächlichen Zustand zu schaffen, der auf die Willkür von Einfluß sein sollte, betonte er, daß italienische Soldaten die ersten Opfer waren. In-

dem sie ihrer Pflicht in vollem Umfange gerecht wurden, brachten sie weit größere Blutopfer als die der anderen Alliierten. Die polnische Regierung habe einen scharfen Unterschied zwischen ihrer Verantwortlichkeit und der der Insurgenten gemacht; es wäre jedoch wünschenswert gewesen, wenn sie, auch in ihrem eigenen Interesse, von vornherein eine Haltung eingenommen hätte, die geeignet war, jede Zweideutigkeit auszuschalten. Graf Sforza betonte, daß in der italienischen Kammer, früher noch als in irgendeinem andern Parlament, von Sonntag die Notwendigkeit verkündet worden ist, Polen unabhängig zu machen. Die polnischen Flüchtlinge hätten stets in Italien ein gesichertes brüderliches Asyl gefunden, sogar zu der Zeit, als der Zarismus in voller Macht stand. Teht könne Italien Polen freimütig erklären, daß es, sollte es gedeihen, besonders den Frieden über alles wünschen müsse. Das oberitalienische Problem sei ein Problem der Gerechtigkeit für alle. Die Abstimmung habe ihren Ursprung im Vertrage von Versailles; sie müsse in den Grenzen des Vertrages geregelt werden, ohne daß Gewalt, von welcher Seite auch immer, zur Anwendung komme.

Nachdem Graf Sforza das oberitalienische und das Orientproblem besprochen hatte, dementierte er, daß Montenegro in Rapallo ein Tauschobjekt war, und erklärte, daß weder in Rapallo noch sonstwo seit der Montegrinische und die albanische Frage erörtert worden sei. Sforza sprach dann über Fiume und sagte, daß das Übereinkommen mit Südslawien als ein Meilenstein auf dem Wege zur vollständigen Pazifizierung angesehen werden könne. Sforza rechtfertigte sodann die Einbeziehung von jenseits der Alpenregion wohnenden Slawen in Italien und schloß: Unsere Söhne werden uns dankbar sein, denn wir haben dem innerhalb seiner natürlichen Grenzen wiederereinigten und freien Italien einen Frieden gegeben, der diese italienischen Ideale befestigt, das uns Stärke gegenüber den führenden Riesenmächten gibt, die sich in die Herrschaft über die Welt teilen.

Giolitti über die Regierungsbildung

Rom, 27. Juni.

In der Deputiertenkammer erklärte Giolitti in Erwiderung auf die Ausführungen der vorhergehenden Redner, nach dem Proportionalwahlssystem müßten die Ministerien aus Männern mehrerer Parteien zusammengesetzt sein. Zweimal habe er in der Vergangenheit die Sozialisten aufgefordert, an der Regierung teilzunehmen; wenn in der Zukunft ein Abkommen mit den Sozialisten zustande käme, so würde es auf einer festumrissenen Grundlage sein. Was die äußere Politik anbelange, so schloß er sich den Erklärungen des Grafen Sforza an. Er glaube, man müsse die in den angegliederten Provinzen in Kraft befindliche Autonomie beibehalten. Die Regierung werde die nationale Produktion fördern, indem sie ihre Absatzmärkte im Ausland suche. Giolitti hob dann die Notwendigkeit hervor, Ersparnisse zu machen, erklärte, daß der Streit der öffentlichen Dienste ein Verbrechen sei, das unter das Strafgesetz falle, und sprach schließlich die Hoffnung aus, daß der Kampf zwischen den Parteien ein Ende nehmen werde dank der friedensstiftenden Eintracht aller. (Beifall.)

Kriegsverbrecher

Von Julius Moses

Ort der Handlung: Leipzig, Reichsgericht.
Der erste Akt ist vorüber!

Wie in allem, was mit dem Kriege zusammenhängt, so fehlte es auch dort nicht an uninteressanten und lehrreichen Episoden und Zwischenfällen, die auf die ganze Gedankenwelt und Rechtsanschauung gewisser Kreise bezeichnende Schlaglichter werfen. Was wir so in der letzten Zeit bis in diese Stunden hinein erlebt haben, das sind nicht Ausartungen und Verwirrungen Einzelner, nicht Ausnahmefälle, wie es die Verteidiger des alten Systems der Welt immer einzureden versuchten, wenn einmal ein besonders krasser Fall die Deffektivität beunruhigte. Nein, das gehört zum Ganzen, ist mit dem ganzen System untrennbar verbunden. Solange es einen Soldatenstand, einen Militarismus als Beruf und System gab, hat es auch Soldatenmishandlungen gegeben. Wo das ganze System sich aufbaut auf den sogenannten kriegerischen Geist, auf unbedingte Unterordnung und slavischen Gehorsam, da läßt sich das Ganze nicht aufrechterhalten ohne Roheit und Brutalität. Dafür haben die Zeiten vor dem Kriege unzählige Male den Beweis erbracht. Der Krieg hat das Bestehende nur ins Ungeheuerliche gesteigert, und unsere Zeit, die angeblich keinen Militarismus mehr kennt, steckt noch immer mit beiden Füßen in den alten Anschauungen, in den alten Zuständen und Verhältnissen.

Und das gilt nicht nur für die Uniformträger; auch unser Bürgertum ist noch von früher her so gedrillt und verflast, so tief in den Anschauungen und Methoden der alten Zeit befangen und verstrickt, daß es dem Berufssozialismus an Niedrigkeit der Gesinnung und Handlung nichts nach gibt. Denn Niedrigkeit der Gesinnung ist es, Roheit, Brutalität und Gemeinheit der schlimmsten Art, wenn der augenblicklich im Besitze der Macht Befindliche an Wehrlosen, an Gefangenen und sonstigen bedauernswerten Menschen, die ein unglücklicher Zufall in seine Hand gegeben hat, sich vergreift. Um Mißhandlungen handelt es sich hier, um Akte brutaler Gewalt, die bis zum Morde in einzelnen Fällen sich gesteigert haben. Nicht von Ausschreitungen einzelner darf man hier noch reden. Es liegt System in dem Ganzen. Es ist die alte Zeit und der alte Geist, die sich austoben, und da sie sich zurzeit noch nicht stark genug fühlen, um der gesamten Opposition an Kopf und Kragen zu gehen, so lassen sie ihre erbärmliche, feige Gesinnung an einzelnen wehrlosen Menschen aus, die ein unglückliches Geschick in ihre Gewalt gegeben. Und da ist kein Unterschied, ob Militär oder Zivil, ob Reichswehr oder Gipo, ob Freikorps oder Orgele, ob Einwohnerwehr oder Selbstschutz, ob Oberitalien oder Mitteldeutschland, ob Gefangenenlager oder Polizeiwache: so übermütig, so rachegeierig, mit solch kalter Grausamkeit, wie wir es jetzt in so zahlreichen Fällen erlebt haben, hat sich kaum der alte Militarismus ausgelebt. Die Marburger Studenten, die seinerzeit, nachdem sie unschulddig, wehrlos, widerrechtlich festgenommene Arbeiter nach vorhergegangener brutaler Mißhandlung erschossen hatten, mit Sing und Sang vom Schlachtfeld abzogen, sind die typische Verkörperung des modernsten militaristischen Geistes.

Als in dem Kriegsverbrecherprozeß in Leipzig der militärische Sachverständige sich als Zuseher in der Rolle eines Verteidigers des alten Systems und der alten Methode gefiel, die sich für ihn in den Angeklagten verkörperte, da wies ihn der Vorsitzende mit bemerkenswerter Energie in seine Sphäre zurück und sprach dabei das Wort aus: „Es ist doch die magna charta unseres Militärwesens, daß nicht geschlagen werden darf“. Unzweifelhaft ist das die ehrliche Überzeugung dieses Herrn. Leider ist sie im höchsten Maße irrig; leider steht damit die Wirklichkeit in trassendem Widerspruch. Unangenehm waren ja den hohen Stellen in unserem Militärwesen solche Dinge nicht, und gelegentlich hat wohl auch mal ein Vorgesetzter, gewöhnlich ein Subalterner, der es zu toll getrieben hatte, daran glauben müssen. Es ist ja über diese Dinge niemals allzuviel in die Öffentlichkeit gedrungen. Die Mißhandlungen schwiegen lieber, weil sie von Beschwerden nur eine noch schlimmere Behandlung fürchteten. Und kam es einmal zur gerichtlichen Verhandlung, so wurde in der Regel die Deffektivität ausgeschlossen unter der bekannten Begründung, es schade der Disziplin, wenn die Deffektivität solche Dinge erfahre. Im übrigen war man bis in die höchsten Kreise hinein zufrieden, wenn man nichts sah und nichts hörte. Man wußte, wie es in Wirklichkeit zuging, und duldete diese Dinge, weil man selber das Gefühl hatte, das gehöre zum System und müsse deshalb hingenommen werden wie Hitze im Sommer und Kälte im Winter.

Der General v. Fransecki, so heißt dieser Sachverständige, ist der richtige Typus des Militärs aus der alten Schule, der für jede Brutalität, für jede Grausamkeit, wenn nicht geradezu Billigung, so doch wohlwollendes Verständnis und milde Beurteilung hat. Und zum Bilde des Ganzen gehört auch der Arzt des Gefangenenlagers Ferne. Das Bild des Arztes, der nichts gesehen, nichts gehört, nichts gemerkt hat, darf nicht fehlen. Ohne ihn würde ein typischer Zug fehlen. Wenn heute Frau Justitia vergewaltigt wird, so muß ein Arzt immer dabei sein. Uebrigens hat dieser

Abfagen an Moskau

Paris, 27. Juni.

Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Detroit hat der dort tagende Kongreß der Sozialistischen Partei Amerikas mit 34 gegen 4 Stimmen den Anschluß an die Dritte Internationale abgelehnt. Die Mitgliederzahl der Partei ist im letzten Jahre von 100 000 auf 17 000 gefallen.

Der Kongreß der Gewerkschaften im Departement Du Nord, der gestern in Lille stattfand, hat mit 236 gegen 126 Stimmen den Anschluß an die Dritte Internationale abgelehnt.

Griechenland vertraut den Waffen

Athen, 26. Juni. (Havas.)

In Beantwortung des Schrittes der Alliierten vom 21. d. M. erklärt die griechische Regierung, nachdem sie ihrem Dank für das Anerbieten der Alliierten Ausdruck gegeben hat, die Lage sei derart, daß nur die militärischen Interessen ihre Haltung bei ihren Entscheidungen zu bestimmen vermöchten.

Lloyd George an De Valera

London, 25. Juni. (Reuter.)

Lloyd George hat an den Präsidenten der Irischen Republik, De Valera, ein Schreiben gerichtet, in dem De Valera und seine Parteigenossen unter Gewährung freier Geleites eingeladen werden, nach London zu kommen, um dort mit dem Premierminister von Nordirland, Sir James Craig, jede Möglichkeit einer Lösung der Irischen Frage zu prüfen. Das Schreiben leit einer Lösung der Irischen Frage zu prüfen. Das Schreiben legt hinzu, die britische Regierung sei von dem heißen Wunsch besetzt, den verderblichen Streit zu beenden, der jahrelang die Beziehungen zwischen den beiden Ländern England und Irland verbittert, die in nachbarschaftlicher Harmonie leben sollten, und deren Zusammenarbeiten so bedeutungsvoll sein würde nicht nur für das britische Reich, sondern auch für die gesamte Menschheit.

Schweres Eisenbahnunglück in Frankreich

Paris, 25. Juni.

Der Schnellzug Villo-Paris, der um 1 Uhr 40 Minuten nachmittags von Villo abfährt, ist in der Nähe von Beaucourt-Hamel entgleist. Die Zahl der Opfer beträgt 23 Tote und 63 Verwundete. Die Katastrophe wurde dadurch herbeigeführt, daß ein Güterwaggon entgleiste, der die Entgleisung mehrerer anderer Wagen zur Folge hatte.

Ueber das Eisenbahnunglück bei Beaucourt werden noch folgende Einzelheiten gemeldet: Um 3 Uhr, als der Zug mit einer Geschwindigkeit von hundert Kilometern den Bahnhof Beaucourt passierte, bemerkte der Lokomotivführer, daß er die letzten Wagen verloren hatte. Diese waren mit Reisenden dritter Klasse überfüllt. Die Wagen liefen erst ein Stück neben dem Gleis und fielen dann vom Eisenbahndamm, wobei sie vollständig zusammengedrückt wurden. Bei der Untersuchung stellte sich heraus, daß das Unglück auf den schlechten Zustand der Eisenbahn zurückzuführen ist, und daß die Geleise sich durch die Wärme der letzten Tage ausgedehnt hatten.

Die Militärjustiz in Lettland

Wie uns aus Riga gebracht wird, besteht die Aussicht, daß der Genosse Braun, für den die Parteileitungen und Reichstagsfraktionen der U. S. P. D. und S. P. D. bei dem lettlandischen Ministerpräsidenten Rozowitsch interveniert haben, aus den Klauen der Militärjustiz, die ihn zum Tode verurteilte, gerettet wird. In wie brutaler Weise die Militärjustiz vorgeht, ist daraus ersichtlich, daß das Organ der Sozialdemokratischen Partei Lettlands mit dem Zentralkomitee wegen der Proteste gegen den Justizmord an dem Genossen Braun zur Verantwortung gezogen werden. Es ist höchste Zeit, daß dem Hindernis Treiben der lettlandischen Reaktion, die sich in den Militärbehörden verkörpert hat, ein Ende bereitet wird.

Arzt die Wissenschaft um eine neue Idee bereichert. Als die Fälle von Erkrankungen Gefangener sich häuften, hat er den Dingen einfach ein Ende gemacht, indem er erklärte, daß nur Leute mit über 37 Grad Körpertemperatur als Kranke angesehen werden könnten. In der Tat, ein glattes und einfaches Verfahren! Wenn dieser Grundsatz allgemeine Gültigkeit erlangen sollte, so würde allerdings die Tätigkeit des Arztes wesentlich vereinfacht werden.

Aber im Ernst gesprochen: Wie dieser Arzt nicht, oder will er es nicht wissen, daß es Erkrankungen selbst schwerster Natur gibt ohne besondere Erhöhung der Körpertemperatur?

Aber es handelt sich doch hier um Gefangene, um Menschen einer anderen Rationalität. Da ist alles erlaubt.

Wie echte Humanität und wahre vornehme Gesinnung sich äußert, dafür ein Beispiel aus der Vergangenheit. Nach der Niederwerfung der Kommune in Paris besuchte der General Gallifet, der berühmte Henker der Kommune, ein Pariser Lazarett, das unter Leitung des berühmten Chirurgen Roux stand. Auf die Frage des Generals, wieviel Soldaten und wieviele Infurten sich in seiner Behandlung befanden, antwortete der Arzt: „Das weiß ich nicht, bei mir liegen nur Kranke und Verwundete!“ So sprach ein Arzt in Paris vor 50 Jahren!

Bei uns aber ist immer noch die Brutalität oben auf. Und es scheint, als ob unser Volk sich an solche Zustände im Laufe der Zeit gewöhnt hat und deshalb diesen Dingen gegenüber ein Gefühl dumpfer Resignation, eine gefährliche Gleichgültigkeit eingeeritten ist. Das darf nicht sein. Kein Volk, das auf Ehre hält, darf solche Zustände dulden. Noch sehe ich den alten Babel vor mir, wie er im Reichstage mit vor Erregung zitternder Stimme die Greuelthaten des Militarismus an den Pranger stellte. Wann wird endlich einmal das Proletariat aufstehen, um diese Welt der Fäulnis mit eisernem Besen auszufegen?

Aus dem Kasperletheater

Die „Rote Fahne“ ist viel beschäftigt. Erstens muß sie die Weltrevolution vorantreiben. Also sette Lettern für einen zweitägigen Proteststreik für die englischen Bergarbeiter. Dann muß die „deutsche Revolution gefördert“ werden. Also im Zeitdruck neue Verleumdungen gegen die Gewerkschaften und neues Schwingen der Eisenringe Sabaths.

Die größte Mühe macht aber die fortwährende Reinigung der eigenen „Partei“. Ein Leitartikel kündigt die notwendigen Maßnahmen an gegen die „Revisionisten in der kommunistischen Partei“, wie die „Rote Fahne“ Levi und seine Freunde nennt. Furchtbares hat sich nämlich ereignet. Levi hat im Reichstag eine kleine Anfrage gestellt und Dümmig, Dümmel, Geper und Hoffmann haben sie unterschrieben. Unerhört nennt die „Rote Fahne“ solches Vorgehen, durch das „mit herausfordernder Absicht die Beschlüsse der Partei mit Füßen getreten“ werden. Folgenden Fehdebrief hat deshalb die Zentrale der KPD ihrer Reichstagsfraktion geschickt:

„Paul Levi ist aus der Partei ausgeschlossen und aufgefordert worden, sein Reichstagsmandat, das ihm die Partei übertragen hatte, niederzulegen. Paul Levi hat das nicht getan, sondern läßt weiter sein Mandat aus, trotzdem Levi sich wie jeder andere Parlamentarier unserer Partei verpflichtet hatte, seine Parlamentsstätigkeit auf Verlangen der Partei sofort einzustellen. Wenn jetzt einzelne Genossen der Fraktion trotz dieses Disziplinbruches Anfragen Levis mitunterschreiben, so bedeutet das indirekt eine Unterstützung des Disziplinbruchs Levis.“

Die Parteigenossen müssen die Unterzeichnung der Anfrage Levis auffassen als absichtliche Betonung der Solidarität einzelner Fraktionsmitglieder mit einem ausgeschlossenen früheren Parteimitglied. Wir fordern deshalb den Fraktionsvorstand auf, strengste Fraktions- und Parteidisziplin durchzuführen und eine Wiederholung ähnlicher Vorfälle unter allen Umständen zu verhindern.“

Nach der „Roten Fahne“ handelt es sich nicht um eine Entgleisung, sondern darum, daß die „rebellierende Führergruppe

im Schlepptau Levis die Partei zurückerobern und sie zu Levischer Passivität zum zentralistischen Fatalismus zurückzuführen“ will. Arbeitet sie doch auch an dem Organ Levis mit statt an der kommunistischen Internationale.

So fordert die „Rote Fahne“, daß der neue Disziplinbruch der Reichstagsabgeordneten von der Zentrale mit dem Ausschluß beantwortet werde. Wenn die Zentrale bisher nicht so scharfe Maßnahmen ergriffen hätte, so deshalb, weil sie die Moskauer Entschlüsse, die bekanntlich auch alle inneren Angelegenheiten der angeschlossenen Parteien entscheiden, hätte abwarten müssen. Aber jetzt ist offenbar das Maß voll, die Geduld der „Roten Fahne“ ist zu Ende und die „Däumlinge“ werden dranglauben müssen.

Le Ronds Geheimbefehl erfunden

Der vom „Berliner Lokal-Anzeiger“ veröffentlichte Geheimbefehl, den General Le Rond an die französische Mission in Berlin geschickt haben sollte, wird von der Agence Havas für in allen Teilen erfunden erklärt.

Wir haben in unserer Sonntags-Morgen-Ausgabe unserer Lesern von dem Inhalt dieses angeblichen Geheimbefehls Kenntnis gegeben und zugleich unsere Zweifel an dessen Echtheit dargelegt. Der „Lokal-Anzeiger“ wird sich nunmehr zu dem formellen Dementi der Havas-Agentur zu äußern haben.

Zusammengebrochene Hehe

Der Haftbefehl gegen den früheren Landrat des Kreises Sangerhausen, Genossen Kaspere, ist vom außerordentlichen Gericht in Nordhausen aufgehoben worden, da der Verdacht, an den Würzburger beteiligt gewesen zu sein, gegen Kaspere nach den neuen Zeugenerklärungen nicht mehr besteht. Der Haftbefehl gegen Kaspere war die Folge einer maßlosen Hehe, die die Rechtsparteien gegen den Genossen Kaspere eingeleitet hatten, und von der sich auch die republikanischen Behörden gefangen nehmen ließen.

Der Polizei-Etat

Drei Milliarden in vier Stunden bewilligt

Die Beratungen über den Etat des preussischen Innenministeriums wurden Sonnabend im Hauptauschuß des Landtags zu Ende geführt. Im Eiltempo wurden die verschiedensten Kapitel des Etats erledigt. Die Rechtsparteien und das Zentrum hatten an dem Etat keine einzige Ausfertigung zu machen. Die Rechtssozialisten trugen lediglich einige Wünsche vor, um den Schutzbeamten ihre verfassungsmäßigen Rechte, die durch den Kurs Dominicus schwer bedroht sind, zu sichern. Der Vertreter der Demokraten, Herr Kuchle, brachte einige krasse Mißstände im Berliner Polizeipräsidium zur Sprache. Damit war die ganze Kritik am Polizei-Etat erschöpft.

Wir haben schon gestern darauf hingewiesen, daß die Aufstellung des Polizei-Etats geradezu zum Widerspruch herausfordert und daß auch die bürgerlichen Parteien allen Anlaß hätten, diesen sogenannten Etat einer eingehenden Würdigung zu unterziehen und gegen die oberflächliche Art der Aufstellung ganz entschieden zu protestieren. Der Etat ist so unüberichtlich geordnet, daß wohl kaum einmal eine Regierung es wagen konnte, einem Parlament einen derartigen Etat zu unterbreiten. Es wird mit Millionenziffern nur so herumgeworfen, ohne daß für die angeforderte Summe irgendeine Begründung gegeben wird. Aber weder die Vertreter der bürgerlichen Parteien noch der Rechtssozialisten hegen gegen einen Einzelposten Bedenken. Es hätten ruhig für den einen oder den anderen Posten 20, 50 oder 100 Millionen mehr angefordert werden können — auch das wäre ohne Widerspruch bewilligt worden. Ein feines Parlament!

Der Vertreter unserer Fraktion protestierte noch einmal gegen die Aufstellung des Etats und gegen das Verhalten der anderen Parteien. Von einem Drang nach Sparsamkeit sei hier nichts zu verspüren. Die Abgeordneten hätten scheinbar auch ganz vergessen, daß wir uns in einer Finanzkatastrophe be-

finden, obwohl sie doch sonst, vor allem, wenn Ausgaben für Wohlfahrtszwecke angefordert werden, diese Ausgaben mit dem Hinweis auf das Finanzelend ablehnten. Die bürgerlichen Parteien hätten sich in dieser Beziehung absolut nicht gewandt. Genau so, wie sie vor dem Kriege jede Ausgabe für das Heer bedenkenlos gutgeheißen hätten, so seien sie heute bereit, nicht nur für die Reichswehr, sondern auch für die Polizei jede Summe zu bewilligen ohne Rücksicht auf die Notlage des Volkes. Und es sei höchst charakteristisch, daß auch die Rechtssozialisten von diesem Bewilligungsfieber befallen seien.

Der Abg. von Richter (D. Vp.) pflichtete schließlich dem Vertreter unserer Fraktion bei und sagte, der Etat sei tatsächlich höchst mangelhaft aufgestellt und es müsse in dieser Beziehung ein Wandel geschaffen werden. Herr Dominicus versprach, die Sache das nächstemal besser zu machen. Damit war die Angelegenheit erledigt. Der Polizeiminister hatte, was er wollte.

Zum Schluß wurden die Anträge der Rechtssozialisten, die eine Sicherung der Rechte der Schutzbeamten anstrebten, abgelehnt. Ein Antrag der Unabhängigen Fraktion, einen genauen Nachweis der während der Kämpfe in Mitteldeutschland gefallenen Opfer beizubringen, wurde angenommen. Ebenso ein Antrag, der gemeinsam von den Unabhängigen und den Rechtssozialisten gestellt war und der verlangte, daß das Verbot der Organe ungeachtet der ortsinanziellen Urteile auf das strengste durchzuführen und auf alle gleichgerichteten Erfahrungsorganisationen auszuweiten ist, gegebenenfalls soll ein Reichsgelei geschaffen werden. Für diesen Antrag stimmte auch das Zentrum, während die Rechtsparteien (!!) dagegen waren. Anträge der Unabhängigen und der Kommunisten, die die Kommunalisierung des Polizeiwesens forderten, wurden abgelehnt. Auch die Rechtssozialisten stimmten gegen diese Forderung. Der Antrag der Genossen Dr. Oskar Cohn und Rabold, die Internierungslager Stargard und Siesow aufzuheben und die Internierungen überhaupt einzustellen, wurde mit den Stimmen des Zentrums angenommen. Ein Antrag der Kommunisten hingegen, der die Einlegung eines Untersuchungsausschusses über die Vorgänge in den beiden Internierungslagern forderte, wurde abgelehnt.

Der Polizeietat erforderte im ganzen eine vierstündige Beratung. In diesen vier Stunden wurden netto 3 Milliarden Mark bewilligt. Parlamentarische Vertreter, die derartig mit dem Gelde der Steuerzahler herumtschmeißeln, sehen sich vor ihren Wählern selber herab und machen sich einer Nachlässigkeit schuldig, die nicht geeignet ist, das Ansehen des Parlaments zu heben.

Der englische Grubenstreik

Die neuen Verhandlungen

E. E. London, 27. Juni.

Heute beginnen die Besprechungen zwischen den englischen Bergarbeitern, Regierungsvorstellern und Bergwerksbesitzern. Man nimmt an, daß nur die Frage der Löhne besprochen wird und daß die Bergarbeiter den bei den letzten Abstimmungen so energisch aufrecht erhaltenen Grundsatz einer Nationalkassa, in die alle Gelder abzuführen hätten, zweifellos ausgeben werden. Die Bergarbeiter hoffen, daß die Regierung neuerdings die 18 Millionen zur Erhöhung der Löhne zuzusichern werde. Man glaubt schließlich an eine rasche Abwicklung der Verhandlungen und daß die endgültigen Vorschläge der Bergwerksbesitzer von den Exekutiv-ausschüssen der Konferenz der Einzelbezirke zu einer neuen Abstimmung vorgelegt werden. Es wird sogar der Ansicht Ausdruck gegeben, daß der Exekutivauschuß selbst die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit anordnen wird.

Der neue preussische Gesandte in München. Wie das „Kölnener Tageblatt“ meldet, ist Landrat Scheller, bisher kommissarisch im preussischen Ministerium des Innern tätig, zum preussischen Gesandten in München ernannt worden.

Der neue sächsische Justizminister. An Stelle des Dr. Harmsch ist der Leipziger Landgerichtsdirektor Dr. Zeichner zum Justizminister für den Freistaat Sachsen ernannt worden. Dr. Zeichner ist erst 35 Jahre alt, Rechtssozialist und politisch noch nicht herorgetreten, hat sich aber publizistisch auf sozial-reformerischem Gebiet betätigt.

wäre?! Und die sein klingende Stimme der Nacht selbst war es, die mir die Antwort zuflüsterte:

„Die Urne, die den Staub enthielt, in den Händen, führe ich nicht auf die tiefste See, noch stiege ich auf den hohen Gipfel eines Berges zum Sonnenuntergang — über den rosenumkränzten Bord eines Lustschiffs, des Totenschiffs, göße ich, aus gewaltiger Höhe, zu hellsten Polannensköpfen die zarte Asche aus — in das Brausen der Himmelswinde! — Ihr Keimträger! blüht mein stummes Gebet, auf eure Schwingen nehmt, was mein war und nicht war! Sät es in alle Wandel Laßt Blumen und Früchte sprießen aus meines Leibes Asche! Ein neues, unausdenkbar gewaltiges, glühendes Leben und Lieben.“

„Ja!“ rief Ludwig da wie trunken. „Die jeden Augenblick Hochzeit feiern und Eins sind — es lebe die Gegenwart aller Zukunft!“

Und wie befreit, ja, wie erlöst, den Kopf hoch im Nacken, sprang er auf und drückte mir die Hand.

Wiener Tagung der Internationalen Frauenliga. Vom 10. bis 16. Juli findet in Wien eine Tagung der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit statt, auf der an zwei Tagen über Fragen der Erziehung verhandelt wird. Wir nennen hier nur die Schulbücherfrage, Städtisches, Erziehungsmonopol und Bedeutung des internationalen Kinder-austausches, Weltsprache usw. Daneben stehen zur Beratung Fragen der internationalen Beziehungen (Selbstbestimmungsrecht der Völker, Handels- und Verkehrsfreiheit, Revision der Friedensverträge) und des praktischen Pazifismus: Pazifismus in Revolutionszeiten, Pazifismus bei Kriegs-ausbruch (Kriegsdienstverweigerung), Verweigerung von Munitionsherstellung in Kriegs- und Friedenszeiten. Erwähnt sei noch, daß die österreichische Regierung für alle Verhandlungen die Räume der ehemaligen Hofburg zur Verfügung gestellt hat, auch den berufstätigen Delegierten das Studium bedeutend ermäßigt hat, während die deutschen Behörden, beispielsweise die Eisenbahnbehörde, jedes Entgegenkommen ablehnten.

Bei dieser Gelegenheit sei darauf hingewiesen, daß Österreich 3. V. in der Schulbuchfrage sich sehr viel anders verhalten hat als Preußen, wo mit stillschweigender Billigung sozialistischer und demokratischer Kultusminister nicht nur die alten monarchistisch-kriegsheerischen Geschichts-, Erdkunde- und Lesebücher bestehen bleiben, sondern störrisch neu gedruckt werden.

Tages-Notizen

Die beiden nächsten sächsischen Weltkongresse des Völkervereinigungsbundes finden heute abend in den Germania-Hallen, morgen im Ritz-Parade, abg. 7. u. 8. Uhr statt.

Reiseleiter. Die Schiffsreise von Dantes 6000stündigen Taborzug in der Staatsoper, am 3. Juli, 11½ Uhr vorm., bringt Werke altitalienischer Plastik und Sculpturen von K. A. Canova und G. B. Canova. Nur einige Plätze werden zum Verkauf gestellt. — Am 5. Juli wird im Kupferlich-Kabinett eine Ausstellung eröffnet, die Botticellis Zeichnungen zur Göttlichen Komödie sowie andere auf Dante bezügliche Darstellungen enthält.

Das heimliche Begängnis

Novelle von Leonor Goldschmid

In einer traumlichen Kammer, im Erdgeschloß seines großen Bauernhauses, stand mein Freund und ich, nach Sonnenuntergang, vor dem uralten, weißen Sargchen, darin in dem blendenden Weiß feinsten Linnens ein kleines, roßiges Körperchen lag, wie in Schlaf und Traum.

Sinnend, die Arme überstolzen und geschärfter Vergleichungs-trast prüfte mein Freund das lächelnde Antlitz; er glaubte, in diesen reifen, auffallend fertigen Zügen, manche Ähnlichkeit mit sich selbst zu entdecken; und ich entküllte ihm nicht die Gewagtheit seiner väterlichen Vermutungen.

Wühlisch aber rang es sich aus ihm los wie ein Schmerz: „Ruh ich, der ich ein Mensch bin, mein Fleisch und Blut da unten, auf dem Kirchhof, hinein in die Gesellschaft dieser ungeschlacht rohen Bauern begraben! — A—ein! d—as kann ich nicht!“

Und entschlossen richtete er sich auf: „Ich habe ihm eine würdigere Ruhestatt ausersehen! Sie wird ein frommer Wallfahrtsort sein für uns alle.“

Da klopfte es verhalten, geheimnisvoll an die Haustür.

Ludwig schloß sie auf; in der Hand die Laterne, die ihn scharf von unten heraus erhelle, stand draußen der alte Matthes, Haue und Spaten übergeschultert. Ludwig schloß das Sargchen, nahm es unter den Armwurf seines rasch angelegten Mantels in der Linken, rechts an der Kette sein Teckspaar und stürzte:

„Matthes, Sie gehen voraus! Wir folgen.“

Der Totengräber schritt voran; wie er stets auf dem Lande ging, nachdenklich und barhäuptig, mit den Teckeln Ludwig, die ungewöhnliche Last unter dem sichtbar aufbau des Mantels, und ich mit meinem Leubberger Hinterher; die Laterne des Totengräbers aber schwanke wie suchend, mit ihrem tanzenden Licht in die Finsternis der Nacht.

Um das letzte, rot geputzte Bauernhaus, das an dem kleinen, schimmernden Teich mit den Wasserrosen, im tiefsten Schloße lag, auf den Zehen herum; am Schwarzgrün des westlichen Waldes dicht entlang, die ansiehende Hügelkette eine Viertelstunde aufwärts; und endlich auf der Höhe des Gipfels, von welchem mein Lichthaus, in pompejanischem Rot, vom Vollmond erhellt, zu den Alpen herübertraumte. An ihm vorbei drang suchend das Licht in die Waldnacht; mit stücheligem Aufschall mir nach; die Brust heraus, von dem Reichtum seines langen, schwarzbraunen Haars umwollt, den Kopf im Nacken, Ludwig ganz Ernst und Erhabenheit — und doch leicht und leicht, nicht anders als wie ein Tänzer zum Tanz.

Der Waldberg senkte sich sacht; an einem Einschnitt zu dichtem Unterholz hing das Licht in einem Ast und erwartete im Arm des Lebens den Tod! Als wir zu dem kleinen, traumlichen Waldwinkel herabstiegen, hellte es grell den Totengräber, der tief-

gebüßt mit Haue und Spaten in den harten, feintigen Grund hieb, von oben heraus und warf seinen Schatten, langausgezogen, in scharfen Verzerrungen über den Hügel! Von den Duftgewändern der Sommernacht weich umschlungen, standen wir, mit den schnuppernden Hunden und sahen ihm reglos zu; plötzlich aber gewahrten wir, von Schauern geschüttelt, uns selbst — am Uferand des Lebens, an den mit wütend ingrinnigen Schaumkämmen der Wogenberg der Vernichtung und das Verfalls heranschlug! Da zwischerte uns zu Häupten im Laub ein Fink: er hielt das Totenlicht für die aufgehende Sonne! Und uns tauchten am andern Ufer die blauen Gelände der ewigen Verwandlungen auf. . .

Der Erbschlund klaste wie hungrig und gesträubt weit aufgesperrt; er heischte sein Kind zurück! Langsam, gefast und mit schmerzhafter Andacht ließ Ludwig das weiße Sargchen, das ein Teil von ihm selber barg, in die dunkle Grube heruntergleiten, während ich und Matthes, mit gefalteten Händen dabei standen; dann die üblichen Erdwürfe — rasch war die Gruft geschlossen. Ludwig legte ein paar eigen geformte, leicht kenntliche, kleine Feiststücke darauf, noch einen letzten Abschiedsblick, mit ruhig andachtsvoller Gefasstheit — dann nahm der Totengräber das Licht aus dem Ast und schritt wieder voraus des Weges zurück.

Mit breitem Lachen froh der Vollmond bei meinem Lichthaus unter das Gewölz; Matthes, der das Licht gelüßt hatte, empfing von Ludwig sein Goldstück, mit dem Bedeuten, es sei auch für ihn das Beste, es bliebe das alles hübsch unter uns! Nach seinem treuherzig festen Handschlag, der ihm als Eid galt, stieg der Totengräber herab ins Dorf.

Zu letztem Ausklang und Nachspruch betratn wir mit den Hunden mein Lichthaus; auf der Hausbank, vor seinem grünen Grasplatz, unter dem ausgezogenen Baldachin sahen wir bald und sahen herüber auf den stimmernden Alpenkranz, den uns der Vollmond heranschob.

„Meine Frau“, begann Ludwig gedämpft, „sie hätte ja niemals eingewilligt, ihn verbrennen zu lassen! Die Asche in einer zierlichen Karmozur, aufgestellt in einem kleinen Gedentraum meines eigenen Heims — das aber wäre mir das Liebste gewesen!“ Er warf den Kopf, der sich sinnend vorgeneigt hatte, wieder in den Nacken: „Eine noch so winzige Gedentraum, wo man jeden Augenblick seine Andacht halten und sich aller Vorzüge und Mängel, die man ererbt oder hinzugewonnen, zum Wohl seiner eigenen Entwicklung, am klarsten bewußt werden müßte! Statt vor dem bunten Blumenschmuck eines Grabes des Verblühenen zu gedenken — bis einem zuletzt sein wurmzernagtes, unkenntlich entstelltes Gerippe wie mit Hohn und Grinsen entgegen springt.“

Ludwig erhob sich, schritt einige Male, die Arme übereinander, tiefnachdenklich herum; dann blieb er plötzlich vor mir stehen und fragte mich, was denn hierin meine geheimste Sehnsucht

Die politische und wirtschaftliche Situation

Groß-Berlin

Generalversammlung des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg der U.S.P.

Die gestrige Fortsetzung der Generalversammlung des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg der U.S.P. wurde von dem Genossen Koch eröffnet. Es wird in der Beratung und Beschlussfassung der vorliegenden Anträge fortgesetzt. Genosse Paul Schneider begründet eingehend den Antrag des 5. Verwaltungsbezirks, die Beitragsfrage durch Urabstimmung zu regeln. Die Genossen Reichardt und Klein ergänzen die Ausführungen Schneiders. Andere Genossen plädieren für Ablehnung der Anträge auf Urabstimmung, da man einen früher gefassten Beschluss nicht einfach wieder umstoßen könne. Die Anträge auf Urabstimmung werden mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Antrag von Westhavelland, zugrätliche Referenten aufs Land zu schicken, besonders die Reichs- und Landtagsabgeordneten, wird einstimmig angenommen. Anträge, die seitigen Mitgliedstärken durch Mitgliedsbücher zu erfassen, werden abgelehnt, da abgewartet werden soll, bis der Parteitag gelagert und das neue Parteistatut festgelegt hat.

Darauf nimmt der Genosse Breitscheid das Wort zu seinem Referat über

Die brennenden politischen Fragen

Zwei Gesichtspunkte sind es, die im Vordergrund stehen: die Annahme des Ultimatums und die Bildung des Kabinetts Wirth. Genosse Breitscheid schildert schmerzhaft die Sachlage, wie sie bei Annahme des Ultimatums bestand und umreißt die Hauptmerkmale des Ultimatums selbst in kurzen Auschnitten. Die früheren Regierungen Lehrenbach, Müller, Bauer und Scheidemann tragen die Verantwortung dafür, daß die deutsche Volksoberleitung nun gezwungen war, eine solche Last dem deutschen Volke aufzubürden. Alle diese früheren Regierungen haben nichts getan, den Alliierten einen Zahlungsplan vorzulegen oder in der Entwaffnungsfrage positive Schritte zu tun. Breitscheid erwähnt auch die mangelhafte Vorbereitung der Londoner Konferenz, die ergebnislos verlief, aber die Sanktionen veranlaßte. Die Befehle des Ruhrgebietes erfolgte, aber die deutsche Regierung tat nichts. Und was sie in den allerletzten Tagen durch Abgeben des Baltikums und der Vereinigten Staaten getan hat, verdient die schärfste Kritik. Das Kabinett Lehrenbach hat in diesen entscheidendsten Stunden des deutschen Volkes schmachvoll versagt. Auch die bürgerlichen Parteien verhielten sich dieser Erkenntnis nicht, trotzdem die Koalitionsparteien die Regierung geradezu auf diesen Weg gedrängt haben. Der Redner charakterisiert auch die lächerliche Rolle, die der Abg. Stresemann in den Tagen der Kabinettsbildung spielte und schildert anschaulich das wenig schöne Treiben, das der Reichstag zu dieser Zeit bot.

Es kam die Regierung Wirth. Bei der Beurteilung des Ultimatums waren wir uns bewußt, daß die Forderungen ungeheuer seien, und daß es zweifelhaft sei, ob Deutschland sie werde erfüllen können. Wir haben auch festgestellt, daß das Ultimatum der Ausfühler der kapitalistischen und imperialistischen Raubpolitik ist, wiewohl wir uns klar waren, daß die Forderungen, die ungeheuer Deutschland an seine Besiegten stellen würde, um nichtisgeringer sein würden. Wir haben in Gemeinschaft mit unseren Bruderparteien des Auslandes einen gerechten Plan zur Wiederergänzung aufgestellt, der an der Schwäche der internationalen Arbeiterbewegung scheiterte. Aber wir sind der Hoffnung, daß in der langen Reihe der Jahre der Faktor eintreten wird, der der Gerechtigkeit zum Durchbruch verhilft. (Zustimmung.) Breitscheid legt nun ausführlich die Gefahren dar, die bei einer Ablehnung des Ultimatums eingetreten wären. Unsere Zustimmung wurde gegeben, um die schweren, unmittelbaren drohenden Gefahren für die deutsche Arbeiterschaft abzuwenden. Genosse Breitscheid weist auch in wirkungsvollen, von lebhafter Zustimmung begleiteten Ausführungen darauf hin, daß der Kampf im Bunde mit Sowjetrußland (die Idee der Kommunisten) unmöglich ist, da er nur Deutschland zum Schlachtfeld machen würde.

Die Parole „Bündnis mit Sowjetrußland“ ist irreführend.

Wir treten dafür ein, daß Handelsbeziehungen mit Rußland eröffnet werden, um Mittel- und Ostropa aus dem wirtschaftlichen Elend zu erretten. Das befragt aber nicht ein politisches und militärisches Bündnis mit Rußland, das eine schwere Gefährdung unserer internationalen Lage bedeuten würde. Das waren die Gründe, die uns veranlaßten, schweren Herzens dem Ultimatum zuzustimmen.

Genosse Breitscheid bezeichnet

die politischen Notwendigkeiten zur Erfüllung des Ultimatums.

An der Spitze steht die Entwaffnung. Und hier ist es Bayern, das zu den schwersten Besorgnissen Anlaß gibt. Es wird darauf ankommen, ob die Regierung Wirth stark genug ist, gegen die Regierung Kahr und ihre reaktionären Hintermänner. Der Mord an Garais läßt die Vermutung zu, daß man die Arbeiter reizen wollte, um die Entwaffnung zu verhindern. Auch Oberösterreich streift Breitscheid und erwähnt dabei, daß die Unterdrückung Deutschlands nicht dazu berechtigt, anzunehmen, daß Oberösterreich ganz bei Deutschland bleiben müsse. Es hat sich in Oberösterreich an nichts anderes gehandelt, als um einen nationalpolitischen Aufruf, trotz der „Roten Fahne“, die daraus den Anfang der proletarischen Revolution in Deutschland herleiten wollte. Der deutsche Selbstschutz ist nationalpolitisch durchgefallen. Hier steht Nationalismus gegen Nationalismus. Es wird jetzt geurteilt, was in den vergangenen Jahrzehnten an den Polen gesündigt wurde, trotzdem:

Was deutsch ist in Oberösterreich, soll deutsch bleiben.

Das bedeutet allerdings nicht, daß ganz Oberösterreich deutsch bleiben müsse. Genosse Breitscheid erörtert die Abstimmungsgebäude und erinnert daran, daß die Interalliierte Kommission nach dem Versailler Vertrag das Recht hat, die Verteilung des Gebiets zu bestimmen. Es kommt darauf an, zu retten, was zu retten ist, und wir erreichen am meisten, wenn wir nicht Forderungen aufstellen, die nicht begründet sind. Die Demokratie machen ihr Verbleiben im Kabinett davon abhängig, ob Oberösterreich bei Deutschland bleibt. Allerdings ist das Kabinett Wirth stark darauf angewiesen, in der Außenpolitik gut abzuschneiden. Genosse Breitscheid läßt bei dieser Gelegenheit eine vernichtende Kritik an den Demokraten und dem erbärmlichen deutschen Liberalismus überhaupt, einschließlich der Stinnespartei.

Der Redner erörtert darauf

Die Haltung unserer Fraktion zum Kabinett Wirth.

insbesondere die mehrmalige Ablehnung von Mißtrauensvoten gegen die jetzige Regierung. Er legte eingehend die Sachverhalte dar, die die Haltung der Fraktion bestimmen haben und meint, daß die schwere Waffe der Mißtrauensvoten bei ernstlichen Gelegenheiten gebraucht werden müsse. Wie ist aber überhaupt unsere Stellung zur Regierung? Ein Eintritt in dieses Kabinett ist für uns nicht in Frage. Wir sind der Überzeugung, eine revolutionäre sozialistische Partei in solch einer Situation mit den bürgerlichen nicht zusammenarbeiten kann. Die ganze Partei war bis dahin dieser Auffassung. Unser Angebot für eine reinsozialistische Regierung wurde festzuhalten. Die neue Koalitionsregierung ist nicht randweg so abzulehnen. Die neue Koalitionsregierung haben können. Es ist zu zusammengefallen, daß wir Vertrauen haben können. Es ist zu hoffen, daß sich die Richtung Wirth durchsetzt. Aber wir dürfen nicht verkennen, daß die Richtung Wirth durchsetzt. Bis dahin haben wir Abzweigung nach links nicht mitmachen. Wir haben nicht die Rechte in der Hand, die wir als möglich, sobald als möglich, diese Regierung zu stürzen, um Stresemann und Helfferich an die Spitze zu bringen. Dazu dürfen wir unsere Zustimmung nicht geben. Deshalb können wir nicht jedes Mißtrauensvotum annehmen. Wir sind das Junglein an der Wage und sollten uns dieser Situa-

tion immer bewußt sein. Breitscheid streift die Möglichkeit der Neuwahlen, die unter Umständen unter nationaler Flagge durchgeführt werden würden.

Wir könnten diesen Dingen ganz anders gegenüberstehen, wenn die Arbeiterbewegung in Deutschland und in allen Ländern stark und einflussreich wäre. Das ist nicht so, dafür trifft ein großer Teil Schuld die Kommunisten, die überall die Spaltung der Parteien betreiben und die Kampfmittel in einer Art und Weise verzerrten und vergrößern, die man nur als verwerflich bezeichnen kann. (Lebhafte Beifall.) Das wird keine Früchte tragen. Wir sehen sie an der wachsenden Indifferenz der Massen. Wir sind aus dem Angriff in die Verteidigung gedrängt worden. Das muß wieder anders werden. Aber wird das unter der herrschenden Zersplitterung anders werden? Wünschenswert und notwendig ist die Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte. Die Frage ist, wie das möglich sein wird. Breitscheid erörtert die Möglichkeit gemeinsamen Vorgehens in den Parlamenten. Aber die grundsätzliche Stellung zum Klassenkampf und Internationalismus darf nicht verlassen werden. Es ist der Stolz unserer Partei, daß sie als die einzige der drei Parteien, die sozialistischen Grundsätze hochhalten hat. Wir sind überzeugt, daß, wenn es in naher oder ferner Zeit zur Einigung kommt, wir Kern- und Mittelpunkt dieser neuen Einheitsfront sein werden. (Lebhafte Beifall.)

Kunmehr gibt Genosse Herz ein Referat über

die wirtschaftliche Situation

und die Haltung der Reichstagsfraktion dazu. Er beleuchtet am Eingang seiner Ausführungen die außerordentlich schwierige Lage der Wirtschaft in allen Ländern. Er gedenkt dabei des Bergarbeiterstreikes in England und des Heroismus der wochenlang kämpfenden Bergleute, sowie der ungeheuren Arbeitslosigkeit in England. Trotzdem ist es politisch ruhig in England. Das beweist, daß die Hoffnungen auf einen baldigen Ausbruch revolutionärer Erhebungen in Westeuropa zertrübt waren. Genosse Herz erinnert daran, daß es unsere Fraktion gewesen ist, die sofort nach dem Zusammentritt des neuen Reichstages Hilfe für die Erwerbslosen gefordert hat. Zu allen Verbesserungen für die Erwerbslosen ging die Initiative von unserer Reichstagsfraktion aus. Der Widerstand der bürgerlichen Parteien ist stärker als im vergangenen Jahr. Genosse Herz weist auf die Tatsache hin, daß es dem Betreiben unserer Reichstagsfraktion zu danken ist, daß den langfristigen Erwerbslosen eine besondere Hilfe zuteil wird. Wir haben auch die Initiative zur Sozialisierung des Rohbergbaus gegeben, nicht nur, um den Kampf der Arbeiterklasse aus neue zu entfeuern, sondern auch, um die Rechtssozialisten vor diese entscheidende Frage zu stellen. Die Kommunisten aber waren es, die diesem Kampf das Rückgrat gebrochen haben. Genosse Herz kommt auf die

Steuerfragen

zu sprechen. Er erinnert daran, daß die Nationalversammlung diese Gesetze beschlossen hat, und daß der Reichstag nur Ausführungsgesetze zu beschließen hatte, und macht auf die starken Vermögensverhältnisse durch die bestehende Klasse aufmerksam. Der Steuerabzug vom Lohn wurde ebenfalls durch unser Betreiben gemildert. Der Steuerabzug hatte zur Folge, daß viele Lohn- und Gehaltsempfänger mehr Steuern bezahlten, als sie nötig hatten, dem Staate also Geld zur Verfügung stellten. Das soll durch das neue Lohnsteuergesetz beseitigt werden. Zum erstenmal sind sich alle drei sozialistischen Parteien darin einig, daß dieses Gesetz so schnell wie möglich in Kraft tritt, damit der Zustand beseitigt wird, daß zuviel abgezogen wird.

Die Neuregelung der Getreidewirtschaft

ist ein Kampf um die Wirkungen, die sich aus dem eingeschlagenen Verfahren ergeben. Zwangswirtschaft ist kein Sozialismus. Aber trotzdem machten wir uns zu Befürwortern der Zwangswirtschaft, weil ihre Formen in letzter Zeit einen wirksamen Schutz der Verbraucher darstellen. Die Form war bei der Neuregelung nicht die Hauptsache, sondern die Wirkungen. Darauf legten wir unser Hauptaugenmerk. Das Reich hat 17 Milliarden Papiermark ausgeworfen zur Niederhaltung des Brotpreises. Diese sind nicht durch steuerliche Einnahmen, sondern durch die Notenpresse gedeckt. Die Erzeuger bekamen dadurch höhere Preise, während die Läden für die Arbeiter und Angestellten größer wurden. Der Preis für das Getreide im freien Handel wird sich dem Weltmarktpreis nähern. Die Folgen davon sind bekannt. Die Form der Wirtschaft ist den Erzeugern gleich, es kommt ihnen vor allem auf die Annäherung an die Weltmarktpreise an. Genosse Herz erwähnt das Beispiel beim Zucker, wo die Bauern für die Aufhebung der Zwangswirtschaft und die Zuckerindustriellen für die Beibehaltung der Zwangswirtschaft sind, weil die Preise für verarbeiteten Zucker jetzt schon dem Weltmarktpreis gleichkommen. Aber das sind nur Spielzeuge für den künftigen Verlauf der Entscheidungen darüber, wer

die Lasten für die Erfüllung des Ultimatums

in erster Linie tragen soll. Große Kreise der Industrie haben trotz andauernder Preissteigerung die Tendenz, die Löhne abzubauen. Der Staat hat die Verpflichtung, die Verelendung seiner Mitbürger zu mildern. Wir fordern deshalb staatliche Lohnsätze. Diese Forderung hat bereits ihre Kreise gezogen bei den Hirsch-Dunderschen und anderen Gewerkschaften.

Das Hauptproblem bei der Aufbringung der Lasten ist nicht mehr daselbe wie bisher, ob direkte oder indirekte Steuer, und zwar, weil die neue Wirtschaftsform diese Problemstellung überholt hat. Es kommt nicht nur mehr auf die Formen, sondern vielmehr auf die Wirkung an. Wir haben darauf zu dringen, daß nicht nur für die Gebrauchsgüter die Annäherung an die Weltmarktpreise erstrebt wird,

sondern auch für die Löhne.

(Sehr richtig!) Diese Parole müssen wir propagieren, weil sie leicht verständlich und einleuchtend ist. Die Besteuerung der Goldwerte ist der Weg, auf dem die ungeheuren Gewinne der Industrie dem Reiche nutzbar gemacht werden können. Dieser Weg wird den geschlossenen Widerstand des Bürgertums finden. Das Bürgertum möchte den Konflikt heraufbeschwören über die Frage Oberösterreich, um nationalpolitische Erregung für sich nutzbar zu machen. Wir aber müssen darauf hinwirken, daß sich der Konflikt bei der Verteilung der Lasten ergibt. Mit der Parole: Wer soll die Lasten tragen: Besitzende oder Besitzlose, können wir getrost in den Wahlkampf ziehen. Wir als Partei haben eine sehr wichtige Aufgabe zu erfüllen. Die Massen müssen geistig vorbereitet werden für diese Entscheidung, auch innerhalb unserer Partei. Der leitende Gesichtspunkt bei allen Steuerfragen kann immer nur sein: Wie holen wir die Besitzenden heran, und wie schützen wir die Lohn- und Gehaltsempfänger. (Lebhafte Beifall.)

Von einer Diskussion wird abgesehen. Genosse Koch schließt die Versammlung mit einigen anfeuernden Worten und einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung.

Samuel Gompers wiedergewählt. Nach einer Agenturmeldung, die der „Matin“ wiedergibt, ist Samuel Gompers zum 41. Male zum Präsidenten der amerikanischen Arbeiterföderation wiedergewählt worden.

Herabsetzung der Zahl der amerikanischen Rheintruppen. Der amerikanische Staatssekretär für Kriegsangelegenheiten, John Weeks, kündigte offiziell an, daß die amerikanische Rheinarmee am 1. Oktober von 12.000 auf 8.000 Mann verringert werden solle. Diese Herabsetzung sei durch die Entscheidung des Kongresses bedingt, wonach die Truppenzahl des amerikanischen Heeres auf 150.000 Mann herabzubringen sei. Bekanntlich war die amerikanische Rheinarmee ursprünglich auf eine Stärke von 8000 Mann vorgesehen.

Beratung des städtischen Haushalts

Der Kammerer leitete die Verhandlungen im Haushaltsausschuss der Stadtverordneten-Versammlung mit längerem Ausführungen ein und begründete die Etatspositionen der einzelnen Kapitel. Es sei nur unter wesentlicher Erhöhung der Gas- und Elektrizitätspreise möglich, den Etat zu bilanzieren, und zwar seien die Tarifserhöhungen mit 75.000.000 Mark veranschlagt.

Bei Kapitel II seien die bisher gezahlten Beträge für Büchereien und die Schreibzettel gestrichen. Die Hergabe von Schulräumen für Versammlungen sei nur gegen angemessene Entschädigung möglich. Bisher sei beispielsweise für Benutzung des Flügels 5 Mark bezahlt worden; in Zukunft würden 25 Mark erhoben!

Bezüglich des Schulgeldes sei seitens des Staates die Erhöhung auf 500 Mark in schroffer Form verlangt unter Ablehnung einer progressiven Staffelung. Er empfehle deshalb den umgekehrten Weg der degressiven Staffelung, der jedenfalls die Zustimmung der Staatsaufsichtsbehörden finden werde, und welcher der minderbemittelten Bevölkerung Rechnung trage.

Zu Kapitel IV teilte der Kammerer mit, daß die besonderen Beträge für Notstandsarbeiten auch für die Bezirke gestrichen worden sind. Nur für Siedlungszwecke und den Waisen seien gewisse Positionen eingelegt. Wegen Fortführung der Arbeiten an der Nordbahn siehe man mit der Regierung in ausgiebigen Verhandlungen.

Bei Kapitel V seien die Ausgaben für die allgemeine Armenpflege um 18 Prozent gesteigert. Ueberschreitungen seien aber bei diesem Kapitel sicher! Es wurde erwogen, Krankenhäuser vorübergehend stillzulegen.

Bei Kapitel VIII teilte der Kammerer mit, daß auch jetzt die Beleuchtung nicht auf den Stand der Friedhofsbeleuchtung gebracht werden könne. Ebenso sei es mit der Straßenreinigung. Besonders starke Einschränkungen habe man sich bei der Park- und Gartenverwaltung auferlegen müssen. Das gleiche gelte für Bauten.

Bei der einsetzenden Debatte veruchten die Rechtsparteien, die U.S.P.D. für eine en bloc-Akzeptanz des Etats zu gewinnen; Sie erklärten, die Rechtsparteien hätten selbst die größten Bedenken gegen den Etat. Trotzdem wollten sie den Etat annehmen, wenn auch die Linke den Tarifserhöhungen zustimme oder angemessenen Ersatz anbiete, und weiter müsse die Linke sich verpflichten, für die gesamte Stadtbau neue Ausgaben nur zu bewilligen, wenn vorher für genügende Deckung gesorgt sei.

Andere Genossen vertraten den Standpunkt, daß eine Tarifserhöhung für uns unannehmbar sei. Die U.S.P.D. sei bereit, den Etat rechtzeitig zu verabschieden, es mühten aber die 75.000.000 Mark auf kapitalsträfigere Schultern abgewälzt werden. Es sei Geld genug da; allein am Totalfaktor würden viele Hundert Millionen ungenutzt. Auch könnten noch erhebliche Ersparnisse gemacht werden, beispielsweise durch Einschränkung der Kraftwagenbenutzung wie auch bei der Gesamterhaltung.

Gen. Löwenstein wies im Zusammenhang mit der Schulgelberhöhung darauf hin, daß die Kadettenanstalten eine stark progressive Schulgeldstaffelung hätten, es sei nicht einzusehen, warum sie Groß-Berlin vorzuziehen werde. Die Schulgeldbefreiung dürfe nicht zu einem Armen- und Wohlhabertum herabgedrückt werden. In den höheren Schulen seien noch große Ersparnisse zu machen. Das Verhalten der Reichs- und Staatsbehörden gegen den Finanzbedarf der Städte könne nicht schärf geäußert werden.

Am Sonnabend gab unsere Fraktion die Erklärung ab, daß sie der Erhöhung des Schulgeldes bei degressiver Staffelung nach den Erklärungen des Kammerers zustimme, daß sie aber die Erhöhung der Tarife nach wie vor ablehne! Als Ersatz fordert Gen. Kade erhöhte Anteile an den Reichsteuern, eine Weiträumung und Vorkasse.

Gegen unsere Stimmen und die der Kommunisten wurde dann die Erhöhung des Gas- und Elektrizitätspreises beschlossen.

Die Vorbehaltsmittel wurden von 26 auf 40 Millionen erhöht, die Schulgelberhöhung mit unserer Zustimmung angenommen. Der wiederholte Antrag der Bürgerlichen, nun den Etat en bloc anzunehmen, wurde abgelehnt.

Fahrten durch europäische Hefen lautet das Thema, des mit zahlreichen Lichtbildern ausgestatteten Vortrages, den Herr Privatdozent Dr. Hans Spehmann am Mittwoch, den 29. Juni, abends 7 1/2 Uhr im großen Hofsaal der Treptower Sternwarte hielt. Mit dem großen Fernrohr waren bei klarem Wetter von 2-7 Uhr die Sonne, von 7-11 Uhr der Jupiter beobachtet. Führungen durch das astronomische Museum finden täglich von 2 Uhr nachm. bis 8 Uhr abends statt.

Die 188. Brotkommission, Danziger Straße 23, wird am 8. Juli 1921 nach der Senefelder Straße 6 verlegt und dortselbst mit der 111. Brotkommission vereinigt. Die vereinigte 111. Brotkommission wird Rektor Gillerit führen, und den Betrieb am 9. Juli eröffnen.

Der unauffällige Tod eines Mädchens beschäftigt die Kriminalpolizei. Das 18 Jahre alte Dienstmädchen Erna Jech aus der Geisbergstraße 12, das seit 14 Tagen vermisst wurde, ist jetzt an der Freiheitstraße als Leiche aus dem Landwehrturm gezogen worden. Die Obduktion ergab keinen Anhalt zur Feststellung der Todesursache. Wie ermittelt wurde, ging das junge Mädchen, das sehr lebenslustig war und niemals Selbstmordgedanken geäußert hatte, am 8. Juni mit einer Freundin aus. In den Sprosszellen trafen sich die Mädchen mit zwei jungen Männern, von denen sie nur die Vornamen Fritz und Hans kannten. Von den Jellen aus begleitete Fritz die Freundin nach Hause. Erna Jech kehrte nicht wieder zurück. Sie wurde um 11 Uhr abends mit „Hans“ noch im Tiergarten gesehen, als beide in der Richtung nach dem Großen Stern zu gingen. Seitdem hörte man nichts mehr von ihr.

Mit Strickleitern und schwarzen Mästen. Seit einiger Zeit wurde der Häuserblock zwischen der Sobels, Dahlmann-, Kommissen- und Waißstraße in Charlottenburg von Einbrechern unsicher gemacht. Für die Einbrüche fand man zunächst gar keine Erklärung, da die Türschlösser an den Hauseingängen keins unversehrt und auch auf den Wänden keine verdächtige Spur zu entdecken war. Kriminalbeamte beobachteten daraufhin bei Tag und Nacht das Häuslerdick und fanden bei ihren Nachforschungen ein Versteck, von dem aus die Einbrüche unternommen zu werden schienen. Das Versteck war ein Dachstuhl in der Sobelsstraße. Bei einer Widdauerin in dem Viertel war schon zweimal in das Atelier eingebrochen worden. In der Nacht zum Sonntag erschienen nun die Einbrecher zum dritten Mal; wieder war die Künstlerin nicht anwesend. Letztlich schlichen sich die Beamten von ihren Dachposten herbei. Einer der Täter konnte sofort ergriffen werden; bald darauf wurden auch seine Spießgesellen ermittelt und ebenfalls festgenommen. Die Bande bestand aus fünf Burden von 17-18 Jahren, die zum Teil aus Fürsorgeanstalten entwichen waren.

Die unternehmungslustige Witwe aus Hamburg spielte eine Schwindlerin, die schon seit Jahren von allerlei Streichen lebte. Eine Frau Gertrud Kappel geb. Wumentsch spielte verführerischen Herren, deren Bekanntschaft sie in Hotels am Potsdamer Platz, in der Friedriehstraße und am Veltener Bahnhofs machte, vor, daß sie aus Hamburg, zuweilen sagte sie auch Tiflis, dorthier gekommen sei, um sich mit ihrem großen Vermögen geschäftlich zu betätigen. Trotz ihres großen Vermögens kam aber die unternehmungslustige Witwe öfter in „Verlegenheit“. Daran war, wie sie sagte, ihre Bank schuld. Die Aussicht auf die reiche Heirat und glänzende Geschäfte mit dem Vermögen der Zukünftigen verleitete jedesmal die Herren, ihr gern mit mehreren tausend Mark aus der „Verlegenheit“ zu helfen. Dann aber ließ die Dame nichts mehr von sich hören. Sie verdrängte in ein anderes Hotel und suchte ein neues Opfer.

Voranschläge Wetter für Berlin und Umgebung am Dienstag. Etwas kühler, vielach heiter, vorübergehend stärker bewölkt, bei mäßigen westlichen bis nordwestlichen Winden. Keine erhebliche Niederschläge.

Gewerkschaftliches

Selbstbildnis eines Unternehmers

Die Firma Schichau sandte der „Ebingger Volksstimme“ nachstehendes Schreiben mit dem ausdrücklichen Ersuchen um Veröffentlichung:

„Bitte“, den 22. Juni 1921.

Ebing, den 22. Juni 1921.

Ich erlaube die Direktion der Firma Schichau wenn es möglich mir eine Arbeitsstelle zu überweisen, denn ich bin bereit, an jeder Arbeit zu arbeiten, denn ich habe in den 18 Monaten, wo ich auf der Straße und Arbeitslos gewesen bin, viel durchgemacht und bin zu der Erkenntnis gekommen wenn man Arbeit hat, das man auch sein Brod hat, denn von der Arbeitslosenunterstützung, da kan ich manchen Tag kein Brod essen, und Arbeit bekomme ich doch in anderen Betrieben nicht denn ich habe ja fast 30 Jahre bei der Firma gearbeitet und bin 60 Jahre alt. Ich bitte die Direktion wenn es möglich ist meinen Wunsch zu erfüllen.

Ich

Unterzeichneter Johann Mauter

Mauter gehörte zu jenen Arbeitern, die im Januar vorigen Jahre von der Firma Schichau unter Kontraktbruch auf die Straße geworfen wurden und von denen ein paar Hunderte heute noch arbeitslos sind. Er hat die Firma wiederholt vergeblich um Angabe des Entlassungsgrundes gebeten und erhält trotz seiner 30 Jahre, die er bei Schichau frondete, keinen Pfennig aus der sogenannten Pensionskasse. Das ist nun eine Heidenart, wenn ein 60jähriger Millionär nach einem halben Jahre einen alten Mann soweit ausgehungert hat, daß er um Gnade bittet. Wui Teufel über solche Geldschmaler! Und damit brüsten sich diese Rasterfirma noch!

Ueberstundenkandal

Während viele tausend Erwerbslose nicht mehr wissen, was sie vor Verzweiflung tun sollen, kann es die Firma S. Auerbach & Co., Luisen-Ufer 12, verantworten, ihre Arbeiter 20 und mehr Stunden pro Tag arbeiten zu lassen, und die Arbeiter leisten diese ohne Widerspruch; verdienen sie dabei doch einen schönen Groschen Geld, wie aus folgender Aufstellung zu ersehen ist:

Wochenlohn	265,00 M.
72 Ueberstunden pro Woche à 7,56 M.	529,92 M.
	794,92 M.

Wenn sich 3 arbeitslose Familienväter in diese Summe teilen könnten, wäre ihnen gewiß aus ihrer Not geholfen. — Ob sich die Firma und die Arbeiter das einmal überlegt haben?

Vielleicht sehen sich die Aufsichtsbehörden diesen Betrieb, der solche skandalöse Zustände in sich birgt, einmal näher an und veranlassen das Nötige, um der Firma das Ungeheuliche ihres Tuns näher zu demonstrieren.

Graphische Hilfsarbeiter. Eine Mitgliederversammlung der graphischen Hilfsarbeiter beschäftigte sich am Mittwoch, den 22. d. M., in ausgiebigster Weise mit einer Angelegenheit der durch Urabstimmung nicht wiedergewählten Angestellten, über die wir bereits berichteten. Der Vorsitzende gibt einen ausführlichen Bericht über diese in Arbeiterkreisen wohl einzig dastehende Handlungsweise. In der Amtsübergabe an die neuen Angestellten hatte der derzeitige Ortsvorstand zu einer gemeinsamen Sitzung Einladung ergehen lassen, um eine lokale Beilegung der Gehaltsansprüche herbeizuführen. Die ehemaligen Angestellten lehnten aber eine Vermittelung ab und forderten seitens des Ortsvorstandes eine Erklärung dahingehend, daß bei allen vorkommenden Wahlen nach dem gleichen Modus verfahren werde. Diese Erklärung konnte aber nicht abgegeben werden, weil hierzu nur die Mitgliederversammlung befugt ist, oder der Wahlmodus im neuen zur Beratung stehenden Ortsstatut festgelegt werden müsse. Die früheren Angestellten waren mit der vom neuen Ortsvorstand beschlossenen Regelung, Zahlung des Gehalts bis zum 15. Juli nicht einverstanden und reichten Klage beim Schlichtungsausschuß auf Wiedereinstellung erstl. Entschädigung unter Berufung auf die Verordnung des Demobilisierungsausschusses vom 12. 2. 20 ein, in welchem dem Aufstellungsvertrag ein Schiedsgericht vorsteht, welches aus drei Vertretern, die vom Kläger und drei Vertretern vom Beklagten, aus den Kollegentreifen, sowie einem unparteiischen Vorsitzenden, der seitens der Gewerkschaftskommission oder vom A.D.G.B. gestellt wird, bestehen soll. Charakteristisch ist hierbei, daß nur einer der Angestellten den Vertrag unterschrieben, die übrigen aber aus revolutionärer Ueberzeugung das nicht getan haben. In der Diskussion geistelte unter großer Zustimmung der Versammlung der Koll. Ludow das unmoralische Verhalten dieser „Revolutionäre“, denen jede proletarische Disziplin und Solidarität abgehe. Mit großer Majorität wird eine Resolution angenommen, in der den früheren Angestellten, den „revolutionären Kiefern“, die härteste Mißbilligung ausgesprochen wird. Den Angestellten soll nach einem weiteren Antrag drei Monate Gehalt bezahlt werden, worauf die gestürzten Helden großmütig erklärten, die Klage beim Schlichtungsausschuß zurückzunehmen. Die „rote Fahne“ schwingt sich über die in der Beschl. aus, brachte aber, wie gewöhnlich, über die Stürzverhältnisse irreführende Nachrichten. Wie gewöhnlich. —

Verbindlich erklärter Tarifvertrag. Der zwischen den Kolonialwaren-Arbeitgeberverbänden getätigte, am 14. Februar 1921 abgeschlossene Nachtrag zu dem allgemein verbindlichen Tarifvertrag vom 31. Juli 1920 zur Regelung der Gehaltsbedingungen für die kaufmännischen Angestellten im Kolonialwaren- und Feinstoff-

Kleinhandel ist seitens des Reichsarbeitsministeriums für allgemein verbindlich erklärt worden. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit dem 1. Februar 1921. Die Kolleginnen und Kollegen, welche bei Arbeitgebern beschäftigt sind, die nicht zum Arbeitgeberverband gehören, können nunmehr die geforderten Leistungen vom 1. Februar 1921 beanspruchen. Nachträge sind zu haben beim Zentralverband der Angestellten, Belle-Alliance-Straße 7-10.

Deutscher Werkmeister-Verband, Fachgruppe Metall-Industrie. Obleute und Betriebsvertrauensleute, Versammlung Mittwoch, abends 6 Uhr, Restaurant Schultze, Neue Jakobstr. 24-25. Tagesordnung: Kündigung des Tarifvertrages.

Betriebsräte der Hauptgruppe 5 und 6 der Metallindustrie. Wir erlauben, alle USPD-Kollegen am Montag, 27. 6. 21, nachmittags 5 1/2 Uhr, im Arbeitsnachweiskauf, Linienstr. 83, zwecks Vorbereitungsbesprechung zu erscheinen. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Die Fachberatungskasse für Kleingärtner in Spandau, im Rathaus, muß ihre Sprechstunden vorläufig einstellen, da ein Gartenfachmann zurzeit nicht zur Verfügung steht.

Parteiveranstaltungen

Heute Montag abends 7 Uhr Vollversammlung der Zeitungskommission. Jeder Mitglied und jede Expedition muß vertreten sein.

Mittwoch 7 Uhr in der Arbeiter-Bildungsschule Breite Str. 8-8 wichtige Sitzung.

Montag, 27. Juni

- 1. **Direkt. Berlin-Mittel.** Abends 7 Uhr findet bei Lehmann, Melchiorstr. 21, eine Vorstandssitzung statt.
- 10. **Direkt. (früher 15).** Die Funktionärskonferenz der zweiten Abteilung 1921 aus.
- 11. **Direkt. Nordosten.** Heute 7 Uhr Frauenleseabend bei Katschke, Marienburgstr. 31.
- 12. **Berlin-Kommunisten.** (Städt. Arbeiterklub, Antoin). 1/8 Uhr Frauenleseabend bei Heiliger, Lichterfelde, Poststr. 7. Vortrag der Genossin Köpcke über Kindergruppen.

Dienstag, 28. Juni

- 7. **Direkt. I. Betriebsrat.** Meeting, 2. Abteilung. Abends 7 1/2 Uhr Konferenz aller Funktionäre, auch die der Kommissionen, bei Repp, Spinnmühlstr. 20.
- 10. **Direkt. (früher 15).** Abends 7 Uhr sämtliche Jugendpfleger und Mitglieder der Kinderkommission bei Ernst, Fellermannstr. 23.
- 14. **Direkt.** Die Bezirksleiter werden ersucht, die kleinen Stempel bei Sob, Schmeider Str. 254, 3 Tr., auszufüllen wegen Werbung.
- 16. **Direkt. (früher 7).** Chen und Strohm. 7 Uhr Generalversammlung. Tagesordnung: Vortrag, Bericht und Neuwahlen. Lokal: Corneliussäle, Prenzlauer Straße 67. Mitgliedsbuch legitimiert.

Mittwoch, 29. Juni

- 9. **Direkt. Meeting.** Abends 7 Uhr Abteilungskonferenz bei Hause, Weißer Straße 9. Sämtliche Funktionäre haben zu erscheinen. Die für Montag angelegte Reservierung 1921 aus.

Verantwortlich für Inhalt u. Redaktion: Leo Liebschütz, Berlin-Briedenau; für Korrespondenz, Notizen u. Sammelberichte: Robert Henkel, Berlin; für den Interimsteil u. geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Komertner, Charlottenburg. — Verlags-Gesellschaft „Freiheit“, c. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Str. 8-8.

Theater und Vergnügungen

Volkstheater
Die lange Jule
Neues Volkstheater
Abend 8 Uhr: Die Lotafrau
Staatstheater.
Opernhaus
Abend 8 Uhr: Mad. Butterfly
Schauspielhaus
Abend 8 Uhr: Der Kronprinz
Deutsches Theater
Abend 8 Uhr: Die Waise
Kammertheater
Abend 8 Uhr: Zwei glückliche Tage
Großes Schauspielhaus
Abend 8 Uhr: Die Waise
Königsgraber Str.:
Abend 8 Uhr: Die Waise
Berliner Theater:
Abend 8 Uhr: Die Waise
Komödienhaus:
Abend 8 Uhr: Die Waise
Reizend: Theater
Abend 8 Uhr: Die Waise
Trianon: Theater
Abend 8 Uhr: Die Waise
Kleines Theater
Abend 8 Uhr: Die Waise
Komische Oper
Abend 8 Uhr: Die Waise

Zum Linnemann

Leiter Stoffe aller Art. Er ist völlig rein ohne Abengewand, bequem zu verwenden, billig und beständig. Eine H. Padung, M. - 25. entspricht der Stoffart von 1 Pfund Jodet. Gebrauch in Kolonialwaren- und Dragenhandlungen.

Tüchtige Verkäuferinnen für Trikotagen und Wollwaren Damenkonfektion Handschuhe Gardinen

sofort gesucht. Meldungen 12-2 Uhr mittags, 5-6 Uhr abends.

A. Jandorf & Co.
Große Frankfurter Straße 113

Für Stotternde!

Um allen Anfragen zu genügen, wobei ich um Auskunft über mein neuestes Verfahren zur Beseitigung des Stotterns gebeten werde, so werde ich am Freitag, den 1. Juli, von 11-7 Uhr, Sonnabend, den 2. Juli, von 11-7 Uhr und Sonntag, den 3. Juli, von 11-22 bis 3 Uhr, in Berlin NW., im Hotel Stadt Kiel, Mittelstr. 21-22 Sprechstunden abhalten, um allen Interessenten, welche sich vertrauensvoll an mich wenden wollen, mündliche Auskunft zu geben über mein neues, bedeutend verbessertes, geistlich geschütztes Verfahren (D. R. P. 251 597). Stotterer können sich mit Hilfe meines sehr einfachen Verfahrens meist sehr bald von ihrem Stotterübel befreien. Garantie wird gewährleistet (bei Kindern kann das Übel mit Hilfe der Eltern beseitigt werden). Viele haben sich in kurzer Zeit mit Hilfe meines Verfahrens vom Stotterübel befreit. Fast täglich laufen Dankschreiben ein. Ein großer Teil dieser Original-Briefe liegt in der Sprechstunde zur gefälligen Einsicht bereit. Manche Stotterer davon hatten schon vorher anderweitig mehrere Kurse und andere Mittel angewandt ohne den gewünschten Erfolg erzielt zu haben. Mein Verfahren ist wohl der billigste und einfachste Weg zur gründlichen Beseitigung des Stotterüfels (ohne Berufsstörung). Veräume es kein Interessent, meine Sprechstunde zu besuchen. Die Auskunft ist kostenlos. Bitte nicht verwechseln mit Barnack, Hannover.

Sprach-Institut Hagenburg (Sch. Lippe). H. Steinmeier.

Tüchtige Zeitungshändler
sofort gesucht. Meldungen Boerwalderstr. 44, 1. Exp. I.

2 Drehbänke
2 Revolverbänke
2 Schraubebänke

Händler gesucht für den Betrieb aktueller Drehschichten Buchhandlung „Freiheit“, Breite Straße 8-8.

Stoffe

für Herren-Kostüme, Mäntel, Paletots, Damen-Kostüme, Meter 50, 100, 150, 200, 250, 300, 400, 500, 600, 700, 800, 900, 1000, 1100, 1200, 1300, 1400, 1500, 1600, 1700, 1800, 1900, 2000, 2100, 2200, 2300, 2400, 2500, 2600, 2700, 2800, 2900, 3000, 3100, 3200, 3300, 3400, 3500, 3600, 3700, 3800, 3900, 4000, 4100, 4200, 4300, 4400, 4500, 4600, 4700, 4800, 4900, 5000, 5100, 5200, 5300, 5400, 5500, 5600, 5700, 5800, 5900, 6000, 6100, 6200, 6300, 6400, 6500, 6600, 6700, 6800, 6900, 7000, 7100, 7200, 7300, 7400, 7500, 7600, 7700, 7800, 7900, 8000, 8100, 8200, 8300, 8400, 8500, 8600, 8700, 8800, 8900, 9000, 9100, 9200, 9300, 9400, 9500, 9600, 9700, 9800, 9900, 10000.

Koch & Seeland G. m. b. H.
Geht. 1893, Gertraudenstr. 20-21, Geht. 1893.

Arbeiter!
für Euere Kinder kauft ihr stets gut und billig:

Rindbor-Schnürstiefel alles Leder 68.-
Rindl.-Sandalen Leder, braun, 27-35 n. 38.-

nur in
Kaatz Schuh-Engros-Lager
Kein Laden. Münzstr. 10! Kein Laden.

Botenfrauen stellt ein für **Neukölln**
Wanzlick, Mahlower u. Seichower Str.
Spedition Krüger, Neukölln, Emser Straße 32

Botenfrauen
werden sofort eingestellt
Charlottenburg, Wallstraße 90,
Hof, Stf., part., geöffn. von 9-11, 2-5 Uhr

Kleine Anzeigen

Verkäufe
Stammvermögen! Ausrüstung! 1000,-
Mark an Kleinfachschiff, Jodelschiff! Inwie alle anderen Kleinfachschiffe, alles zu dem besten Preis! 1000,-
Kleinfachschiff! 1000,-
Kleinfachschiff! 1000,-

Werkzeuge und Maschinen
Spezialbohrer hand! Bohrmaschine! 1000,-
Spezialbohrer hand! Bohrmaschine! 1000,-

Geld-Verkehr
Spezialbohrer hand! Bohrmaschine! 1000,-
Spezialbohrer hand! Bohrmaschine! 1000,-

Demnächst erscheint!

I. Larin und L. Kritzmann
Wirtschaftsleben und wirtschaftlicher Aufbau Sowjet-Rußlands 1917-1920

Inhalt: I. Teil. I. Sowjet-Rußland: Das Wirtschaftsleben in Sowjet-Rußland: Statt eines Vormarsches. II. Die Wirtschaftsstruktur. III. Sowjet-Rußland und die Weltwirtschaft. IV. Die Wirtschaftsstruktur in Sowjet-Rußland. V. Die Wirtschaftsstruktur in Sowjet-Rußland. VI. Die Wirtschaftsstruktur in Sowjet-Rußland. VII. Die Wirtschaftsstruktur in Sowjet-Rußland. VIII. Die Wirtschaftsstruktur in Sowjet-Rußland. IX. Die Wirtschaftsstruktur in Sowjet-Rußland. X. Die Wirtschaftsstruktur in Sowjet-Rußland.

198 Seiten Preis Mark 3.50

Zu beziehen durch Verlagsbuchhandlung Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 11 u. Franke Verlag, G. m. b. H., Leipzig

Zur Justizreform! Jetzt aktuell!

Klassenjustiz
Chronologische Gegenüberstellung von Gerichtsurteilen gegen Revolutionäre und Reaktionäre

Von Friz Schneider Preis 1.80 M.
Buchhandl. „Freiheit“, Berlin C 2, Breite Str. 8-9

Möbel
Chaiselongues 100,-
Chaiselongues 100,-
Chaiselongues 100,-

Tiermarkt
Spezialbohrer hand! Bohrmaschine! 1000,-
Spezialbohrer hand! Bohrmaschine! 1000,-

Mietgesuche
Spezialbohrer hand! Bohrmaschine! 1000,-
Spezialbohrer hand! Bohrmaschine! 1000,-

Kaufgesuche
Spezialbohrer hand! Bohrmaschine! 1000,-
Spezialbohrer hand! Bohrmaschine! 1000,-

Beachtet unsere Inserenten